

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Einjahrespreis 30 Mk. Die Postämter sind für den Versand nach Wilsdruff und umgekehrt zu bedienen. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Angabepreis: Die 4-spaltige Normgröße 20 Spalten, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 2-spaltige Reklamazeile im 12-spaltigen Teil 1 Reichsmark. Nachmittagsblätter 20 Reichsmark. Sonntagsblätter 10 Reichsmark. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Plossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 104 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amisblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 6. Mai 1930

## Die Perle.

Man muß bei dem Kampf der Indien durchdringt und in London weiß die Regierung Macdonald ganz genau, daß die Krise da ist — immer daran denken, daß es sich dabei um mehr als 300 Millionen Menschen handelt. Asien wirkt durch die Zahl. Sie war es, die sich gegenüber den fremden Mächten in China durchgesetzt hat, die europäischen Mächte zum Rückzug zwang. Und in China leben nur 150 Millionen Menschen mehr als in Indien. Man weiß freilich, daß die rein zahlenmäßige „Masse Mensch“ es natürlich allein auch nicht macht, daß sie vielmehr eines Führers bedarf. In China ist es Sun Jiaten gewesen, der seinem Lande und den Freiheitswünschen ein klares, unmißverständliches Ziel gesetzt hat. Und wenn von der indischen Freiheitsbewegung gesprochen wird, so fällt sofort das Wort Gandhi.

Man kann sich angesichts des englischen Nachrichtenmonopols natürlich nur schwer ein Bild von dem machen, wie es in Indien eigentlich aussieht. Was von dort her zu uns kam an Intellektuellen, ist radikal, sehr zum größten Teil politisch links von Gandhi. Man weiß aber nicht, wie die Masse der 300 Millionen fühlt, — kaum denkt. Ein Drittel von ihnen sind Mohammedaner und der religionspolitische Gegensatz zum Brahmanismus war eine der härtesten Sünden für die Herrschaft der Engländer in Indien. Aber die Hindus selbst sind sich nicht einig in ihren politischen Zielen. Seit 1920 besteht die Unabhängigkeitspartei, die eine völlige Abtrennung Indiens von England anstrebt und auf dem letzten Allindischen Kongress über die Anhänger der gemäßigten Richtung — Gandhi — gesiegt hat. Auf jenem Kongress unterlag die gemäßigte Richtung, die eine Art „Home rule“ für Indien will; Gandhi ist nicht allein der Führer einer der „liberalen“ indischen Parteien, die aber alle zum mindesten die Rechte der „Dominions“, also Kanadas, Südafrikas, Australiens, auch für Indien in Anspruch nimmt. Bieweil neben diesen rein politischen Gesichtspunkten auch noch soziale mitwirken, also die russisch-bolschewistische Agitation Erfolge erzielt hat und erzielt, vermag man kaum zu beurteilen. Allerdings darf man nicht vergessen, daß Indien schon seit Jahren in die Reihe der Industriestaaten eingerückt ist und einer der Hauptgründe für die Schwierigkeiten auf dem englischen Arbeitsmarkt ist es, daß in Indien eine umfangreiche Textilindustrie aufgebaut worden ist. Hier liegen auch die Möglichkeiten für die heutige „Kampfpapier“ der allindischen Bewegung, den Boykott englischer Waren zu predigen. Wieder denkt man daran, welche gefährliche Waffe in China diese Volkserklärung gewesen ist.

Man hat in London schon seit Jahren sich mit dem „indischen Problem“ beschäftigt, hat eine besondere Kommission mit der Untersuchung der dortigen politischen Verhältnisse beauftragt. Merkwürdigerweise ist aber der Bericht dieser „Simonskommission“ bisher offiziell nicht veröffentlicht worden, obwohl die radikale politische Richtung in Indien es überhaupt ablehnte, die Arbeit dieser Kommission irgendwie zu unterstützen. Die Gemäßigteren, darunter Gandhi, handelten anders; dort hat man wohl damit gerechnet, daß die heutige „Arbeiterregierung“ eines Macdonald zu ähnlichen Konzessionen Indien gegenüber bereit sein würde, wie in Ägypten geschäht wurde. Jetzt aber hat England auch gegen diese politische Gemäßigten schwerwiegende Schritte unternommen, ebenso wie einst gegen den Ägypter Zaghlul.

Indien ist die größte Perle in der Krone Englands und bezeichnenderweise führt Englands Herrscher neben dem Titel eines Königs von England vorzugsweise den eines Kaisers von Indien. Daher läßt es sich verstehen, daß England dem drohenden Verlust dieser Perle schärfsten Widerstand entgegensetzt.

## Trauerstreif in Bombay.

Die indische Bewegung wächst.

Gandhi, der bekannte Führer Indiens der gegen Englands Herrschaft gerichteten Unabhängigkeitsbewegung, ist in einem kleinen Ort in der Nähe von Surat verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte auf Grund einer Verfügung vom Jahre 1827. Nach der Verhaftung wurde Gandhi in einem Postzug von Borive (etwa 60 Kilometer von Bombay entfernt) und von dort in einem geschlossenen Auto nach dem Gefängnis in Puna (150 Kilometer südöstlich von Bombay) gebracht, wo er zunächst verbleiben wird, wenn nicht der Verhaftung sofort ein Gerichtsverfahren folgt. In Bombay sind umfangreiche Vorkehrungen zur Verhinderung von Demonstrationen und Unruhen getroffen worden. Die Anhänger Gandhis in Bombay riefen einen Trauerstreif aus.

Zu der Verhaftung Gandhis wird mitgeteilt, daß die Regierungsbehörden und die indische Regierung im Verlauf einer gemeinsamen Beratung zu der Überzeugung gelangt waren, daß Gandhi nicht mehr länger in Freiheit gelassen werden könnte, ohne daß nicht die Ruhe in Indien schwer gefährdet werde. Der Ausschuss der Bombayer europäischen Vereinigung hat einen Brief an den Gouverneur der Provinz Bombay gerichtet, in dem verlangt wird, daß die Regierung in Zukunft für die Aufrecht-

## Die Aufgaben der Reichsregierung

### Brünings Politik.

Programmatistische Kanzlerrede in Dortmund.

Auf dem weisfälischen Zentrumsparteitag in Dortmund sprach Reichskanzler Dr. Brüning über die politische Lage und die Aufgaben der Reichsregierung. Er setzte sich zu Beginn seiner Ausführungen mit der Sozialdemokratie auseinander. Es sei merkwürdig, daß die Sozialdemokratie jetzt das Zentrum wegen seiner Beteiligung an dem neuen Kabinett angriffe, obwohl sie selbst das Kabinett Müller gestützt haben. Auch das Kabinett Müller sei sich bei seinem Rücktritt in den großen Fragen der Politik ziemlich einig gewesen, namentlich darüber, daß

die Frage der Arbeitslosenversicherung in einer späteren Zeit gelöst werden müsse. Die Sanktionierung der Arbeitslosenversicherung sei die nächste Aufgabe der Regierung. Allerdings könne man erst nach der Rassenfäulnis an die Lösung dieser Aufgabe herangehen.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung könne er erklären, daß die gegenwärtige Reichsregierung viel schwerere Sorgen habe. Der Behauptung, daß das neue Kabinett unter seiner, Brünings, Leitung plötzlich zu einer Rechtsregierung geworden sei, müsse er scharf widersprechen.

Das deutsche Volk würde den Glauben an das Parlament restlos verlieren, wenn es sehe, daß die Parteien sich manchmal über Papilien nicht einigen könnten. Das Parlament müsse den Mut aufbringen, in der einen oder der anderen Frage auch einmal eine Politik zu verfolgen, die nicht ein Vandalentum abgestimmt sei.

Die Aufgabe der neuen Regierung sei es, das bekannte, von ihm (Brüning) aufgestellte Programm mit dem Parlament durchzuführen, um nach einer langsam sich anbahnenden, durch entsprechende Gesetzgebung begünstigten Aufwärtsentwicklung in den nächsten fünf Jahren zu einer Gesundung des Wirtschaftslebens und der Finanzen und damit der ganzen Lebenshaltung des deutschen Volkes zu gelangen.

Zum Ostprogramm betonte der Kanzler, es sei keine einseitige Bevorzugung des ostdeutschen Grundbesitzes beabsichtigt, wohl aber die

Hebung der Wirtschaft im Osten, besonders der Landwirtschaft. Unter allen Umständen müsse vermieden werden, daß das Roggenproblem die Lage der Landwirtschaft in den kommenden Jahren in katastrophaler Weise beeinflusse.

Er selbst habe beachtet, daß bei den kleinen Landwirten und Siedlern im Osten die seelischen Depressionen von Tag zu Tag härter würden. Breche die Landwirtschaft des Ostens zu

erhaltung der Ruhe schärfere Maßnahmen ergreife, alle Übergriffe sofort ahnde und die Demonstrationen verbiete.

### Ernstige Lage.

Angesichts der gespannten politischen Lage und der Drohungen der Freiwilligen des zivilen Widerstandes hat die Polizei in Karatschi die gesamte Munition aus den örtlichen Magazinen ins Arsenal schaffen lassen. Militärpolizei durchsuchte die Bureaus des Verbandes der Freiwilligen Gandhis und anderer Organisationen in Peshawar, beschlagnahmte eine Reihe von Schriftstücken und nahm 17 Personen fest. Man soll Briefe mit den Mohammedanerführern jenseits der Grenze gefunden haben, nach denen diese eine Armee von 100.000 Mann aufstellen wollten.

Londoner Mäcker erklären, die Lage in Indien sei nach wie vor geeignet, die größten Verwirrungen zu erzeugen. Das gelte besonders für den Norden, wo eine gewisse Unruhe unter den Grenzstämmen festgesetzt worden ist. Es bestätigt sich, daß sich bei den Unruhen in Peshawar Truppen eines Regiments von der Menge entwaffnen ließen. Unter den Verlusten der Eingeborenen wurden mindestens 20 dadurch verursacht, daß Panzerwagen über Leute fuhren, die sich auf den Boden geworfen hatten, in der Hoffnung, sie aufzubauen. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet aus Kabul, daß indische Aufständische das die Stadt Peshawar beherrschende Fort erobert haben. Peshawar sei zwar noch in den Händen der englischen Kommandantur, doch seien in der Stadt heftige Straßenkämpfe entbrannt. Die Eingeborenenpolizei und die Sistruppen weigerten sich, die Bewegung zu unterdrücken.

### Der Haftbefehl.

Der Haftbefehl, auf Grund dessen Gandhi festgenommen wurde, führt u. a. aus, da die Regierung die Tätigkeit des zu Verhaftenden mit Beförderung betrachten müsse, werde ihm nach Maßgabe der Ordnnanz 25 vom Jahre 1827 eine Freiheitsbeschränkung auferlegt. Die angezogene Ordnnanz sieht die Möglichkeit vor, gewisse Persönlichkeiten ohne gerichtliches Urteil in Haft zu halten.

### Das Echo der Verhaftung Gandhis.

Bombay. Die Hindus sowie die Mehrzahl der mohammedanischen Geschäfte sind zum Protest gegen die Verhaftung Gandhis geschlossen. Die Börsen haben ihre Tätigkeit eingestellt. Die Regierungsgebäude, die Post und die Spinnereien werden militärisch bewacht.

lammern, dann würde das Deutsche Reich vor einer außerordentlich schweren Krise.

Das Kabinett sei entschlossen, sich für sparsamste Finanzpolitik in Reich, Ländern und Gemeinden und für die Konsolidierung der schwebenden Schulden einzusetzen. Es sei verhängnisvoll gewesen, daß die deutschen Unterhändler nach Paris gehen mußten zu einer Zeit, als die schwebenden Schulden der öffentlichen Körperschaften rund sechs Millionen Mark betragen.

Dr. Brüning ging endlich auf die Gerüchte über Parteiverbündelungen ein und betonte, daß das Zentrum mit etwa sich anbahnenden Umgruppierungen unter den Parteien nichts zu tun habe. Die Partei beabsichtige, getreu der Tradition der vergangenen 40 Jahre, Zentrumspolitik im Sinne Windthorst zu treiben. Sie erstrebe nach wie vor eine Einigung oder wenigstens eine Arbeitsgemeinschaft mit der Bayerischen Volkspartei.

### Die Haltung der Demokraten.

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei billigte in einer Entschließung das Verhalten der Reichstagsfraktion bei den Abstimmungen im April. Der Parteivorstand hatte zu der Reichstagsfraktion und zu dem demokratischen Reichswirtschaftsminister das Vertrauen, daß sie in der jetzigen Kombination die Grundsätze der Partei wahren und aus deren etwaiger Verletzung die Folgerungen ziehen würden.

Der Parteiausschuss der Demokratischen Partei wird am 25. Mai in Halle zu einer Tagung zusammentreten.

## Um die Neugestaltung des Reiches.

Waldige Fortsetzung der Ausschussverhandlungen.

Der Reichsminister des Innern beabsichtigt, für Ende Mai, spätestens Anfang Juni, die Ausschüsse der 17 Unterkonferenzen zur Fortsetzung der Verhandlungen über die Reichsreform einzuberufen.

Die nach zweijähriger Dauer alsdann abgeschlossenen Verhandlungen über Organisation und Zuständigkeit von Reich und Ländern geben die Grundlage für die endgültige und wirklich organische Neugestaltung des Reiches, die nur vom gesamtdeutschen Gesichtspunkt aus erfolgen darf.

## Braun über den Volkstrauertag.

Die Vorklänge in Hannover.

Im Hauptausschuss des Preussischen Landtages wurde am Montag die abgebrochene Vorbereitung des Haushaltes des preussischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten fortgesetzt. Ministerpräsident Braun erwiderte auf in der Aussprache laut gewordene Fragen und erklärte, es sei völlig falsch, wenn man davon rede, daß bei der Auswahl der Regierungs- und Oberpräsidenten irrenden Parteigesichtspunkt hervorgetreten sei. Die Jurisdiktionstellung der hannoverschen Landtage

habe er selbst für unbedingt notwendig gehalten. Die Staatsregierung habe sich die Vorgänge im Provinziallandtag nicht bieten lassen können. Nachdem der Oberpräsident ausdrücklich erklärt habe, daß die zur Behandlung stehende Angelegenheit die Zuständigkeit des Provinziallandtages nicht berühre, hätten die drei Landtage mit ihrer Abstimmung einen besonderen Affront gegen die Staatsregierung begangen. Neuerdings hervorgetretene Wünsche auf Abspaltung Hannovers vom Preussischen Staat, die sich an diesen Sozial knüpfen, könne er nicht tragisch nehmen. Diese Dinge miteinander zu vermischen, offenbare einen Mangel an Staatsgesinnung.

### Zum Volkstrauertag

Die Regierung hat die Volkstrauertag nicht aus der Stimmung weltlicher Volkskreise herausgewachsen sei, sondern das Ergebnis der Bemühungen eines Vereins sei, der sich nicht auf seine eigentlichen Aufgaben beschränke und von dem aber der Vereinsmelerei angelegt worden sei. Auch Bayern und Württemberg hätten diesen Volkstrauertag nicht anerkannt und dürften nicht daran, sich von einem privaten Verein einen solchen Trauertag vorschreiben zu lassen. Er habe keine Veranlassung gehabt, seine für diesen Tag, der mit der jahrhundertjährigen Wiederkehr des Zusammenbruchs des Rapp-Fußes zusammenzufallen sei, angelegte Rede abzufagen, da sie dem Volkstrauertag in keiner Weise Abbruch getan habe.

## Angriff und Verteidigung.

Um die finanzielle Hilfe des Völkerverein für angegriffene Staaten.

In den Verhandlungen des Sicherheitsausschusses in Genf über eine finanzielle Hilfeleistung des Völkerverein an angegriffene oder bedrohte Staaten erklärte der deutsche Vertreter Göpper, es sei erfahrungsgemäß meist außerordentlich schwer, festzustellen, welcher Staat in einem Streitfall der eigentliche Schuldige sei. Der Schein könne leicht gegen den unschuldigen Staat sprechen und es sei bedenklich, wenn der Völkerverein vor einer endgültigen Klärung der Schuldfrage einseitig zugunsten der streitenden Mächte Stellung nehmen würde.